Morgen-Ausgabe
No. 121. — 56. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Donnerstag, 12. März 1908

Vom Schuh und vom Leder.

Groß- und Kleinbetrieb.

Die dritte Fachausstellung der Schuh- und Lederindustrie, über die wir berichtet haben, hat von den technischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Fortschritten, die das Ledergewerbe und die Leder verarbeitenden Branchen in einer relativ kurzen Spanne Zeit gemacht haben, beredtes Zeugnis abgelegt.

Es ist noch nicht gar lange her, da stand die Leder- und Schuhindustrie in den uns in mancher Beziehung überlegenen Vereinigten Staaten der deutschen weit voran. Amerikanisches Schuhwerk galt als die beste und verhältnismäßig billigste Marke. In der deutschen Presse konnte man flammenerregende Schilderungen der technischen Leistungsfähigkeit der amerikanischen Schuhindustrie lesen. Der deutsche Markt war für amerikanische Erzeugnisse ein aufnahmefähiges Absatzgebiet.

Man wird mit Genugtuung feststellen dürfen, daß auf Grund der Fortschritte im deutschen Leder- und Schuhgewerbe die Zeiten vorüber sind, in denen amerikanisches Schuhwerk das deutsche Erzeugnis übertraf. Wenn der technische Umschwung in Deutschland sich langsamer vollzog als in den Vereinigten Staaten, so hatte das seine guten Gründe; in den Vereinigten Staaten konnte der Großbetrieb, ohne auf ein alteingesessenes Handwerk zu stoßen, sich gewissermaßen urwüchsig entwickeln; in Deutschland war der Umschwung mit einer Verdrängung eines alten Handwerkerstandes verknüpft, der sich um so zäher gegen den Wettbewerb der Großbetriebe wehrte, als das Publikum lange Zeit an der Maßarbeit festhielt und den Fabrikschuh als eine minderwertige Ware ansah. Die Lederherstellung und die Schuhfabrikation mußten manche technische Wandlung durchmachen, bevor der Fabrikschuh in Mode kam, nicht nur in den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung, sondern auch in den Schichten mit höherem Einkommen.

Der alte Handwerkerstand, soweit nicht aus ihm die Fabrikanten sich selbst herausgebildet haben, ist ganz und gar zurückgedrängt worden. Er hält sich meist kümmerlich von Reparaturarbeiten und vom Verkauf fertiger Ware.

Welche Rolle die Lederindustrie im Rahmen des deutschen Wirtschaftslebens spielt, das geht daraus hervor, daß der Wert des jährlich hergestellten Leders sich bei mäßiger Schätzung zurzeit auf

mehr als halbe Milliarde Mark

stellt. Von dieser Menge verbraucht das Schuhgewerbe allein für annähernd 360 bis 380 Millionen Mark; für 40 bis 50 Millionen Mark Leder verarbeitet die Handschuhmacherei. Der Rest der nicht zu Bekleidungszwecken verwendeten Ledermengen wird fast in seiner Gesamtheit durch Sattlerleder, Leder für technische Zwecke, Buchbinder- und Portefeuilleleder dargestellt. Bedarfsverschiebungen finden unausgesetzt statt; so werden an Stelle von Leder für mancherlei Zwecke Surrogate verwandt. Den Abnahmen stehen aber auf der anderen Seite wieder neue Verwendungsarten gegenüber; es sei nur auf den starken Lederverbrauch in der Automobilindustrie hingewiesen.

Wie in der Schuhmacherei hat auch in der Lederherstellung der Großbetrieb das alte Handwerk ganz in den Hintergrund geschoben. Die Rotgerbereien, noch mehr aber die Weiß- und Glacégerbereien können sich nicht mehr halten und sind auch zumeist eingegangen. Mit dem Aufkommen der Schnellgerberei, die sich von Norddeutschland aus entwickelte, war das Schicksal der nach dem alten Verfahren eingerichteten Gerbereien, deren Ware qualitativ vorzüglich war, besiegelt. Auch in Süddeutschland und in der Rheingegend, wo sich die Eichenrindegerbung noch lange gehalten hatte, fand das neue Verfahren immer stärkere Verbreitung.

So beruht der Aufschwung der deutschen Leder- und Schuhindustrie auf dem Untergang der handwerksmäßigen Betriebsform. Bei aller Anerkennung der technischen und wirtschaftlichen Fortschritte des Umschwungs soll man daher in diesen Tagen nicht die sozialen Schäden vergessen, die dabei den alteingesessenen Handwerkerstand betroffen haben. Wenn in diesen Tagen Großindustrielle und Fabrikanten, Großhändler und Detaillisten, Agenten und Kommissionäre die Erfolge ihrer Tätigkeit durch die Berliner Ausstellung kundtun konnten, so sei auch der im Absterben begriffenen zahlreichen Existenzen gedacht, die als selbständige kleine Handwerker der Ausstellung fern geblieben waren. Ihr Verdienst, in Großstädten namentlich, ist immer bescheidener und kümmerlicher geworden, so daß sie oft noch durch eine andere Beschäftigung sich das Nötigste zuverdienen müssen. In Berlin finden wir die Reparaturschuhmacher häufig gleichzeitig als Portiers wieder. So ist jeder wirtschaftliche Fortschritt ein Feind des überkommenen Zustandes, mit dem er rücksichtslos aufräumt. Auch in der gesellschaftlichen Bewertung der Menschen zeigte sich dieser Wandel der wirtschaftlichen Verhältnisse; man blicke auf die Veranstaltungen der Ausstellungswoche, durch die sich das gesellschaftliche Niveau der Leder- und Schuhindustriellen bestimmen ließ, und man wird finden, daß auch der äußerliche Zusammenhang mit dem einstigen Gewerbe gänzlich aufgehört hat; die Schuh- und Lederausstellung vom Jahre 1908 bedeutet die tatsächliche Herrschaft der Großindustrie auf einem der für das Handwerk einst sehr wichtig gewesenen Gebiete seiner Betätigung.

Deutscher Reichstag.

119. Sitzung vom 11. März.

(Schluß.)

Die zweite Beratung des **Etats des Reichsamts des Inneren** wird fortgesetzt.

Abg. **Naumann** (fr. Vg.) fortfahrend: Es ist ein Fehler unserer ganzen sozialen Gesetzgebung, daß sie Bestimmungen auf Bestimmungen häuft, die oft gar nicht von den beteiligten Kreisen aufgenommen werden können.

Für ein Tarifgesetz

scheint mir noch die Zeit nicht da zu sein, wir müssen noch mehr Erfahrungen auf diesem Gebiete sammeln. Da wäre es auch Aufgabe der Arbeitskammern, Aufklärung über Tarifschwierigkeiten zu geben. Ueberhaupt müßten die Arbeitskammern nicht nur begutachten, sondern auch entscheiden können. So wie die Arbeitskammern jetzt gedacht sind, genügen sie nicht, es gibt jetzt schon eine ganze Anzahl von Stellen, die die den Arbeitskammern zugedachten Aufgaben besser erfüllen. Auch nach der Schaffung von Arbeitskammern bleibt das Bedürfnis einer Arbeitervertretung bestehen. Die Arbeitskammern sollen sachliche sein, nach Berufen zergliedert werden. Aber dann müßte man den Gedanken der Berufsgenossenschaften weit tiefer fassen. Jetzt sind die Berufsgenossenschaften viel zu wenig zergliedert und dezentralisiert. Sehr oft haben die Berufsgenossenschaften nur ein Bureau in Berlin und sind nichts weiter als eine Abrechnungsstelle für die Unfallversicherungsgesetzgebung. Auch wahren die Berufsgenossenschaften keineswegs den paritätischen Charakter. Sie lassen die Mittelschicht der technischen und Handelsangestellten vollkommen unberücksichtigt oder lassen ihre geringe Zahl in der großen Zahl der Arbeiter nicht zum Ausdruck kommen. Großes Bedenken erregt auch das Wahlrecht der Arbeitskammern. Durch dieses Wahlrecht wird geradezu die Möglichkeit des Funktionierens der Kammern tot gemacht, mit diesem Wahlrecht ist das Gesetz über die Arbeitskammern für uns unannehmbar. (Hört, hört!) Freilich ist dies Wahlrecht besser als das preußische Wahlrecht, aber das ist so blutwenig, daß dies allein meine Freunde nicht bestimmen kann, für das Gesetz zu stimmen. Die Arbeiterausschüsse sind nichts als ein erweitertes Beschwerdebuch, weiter haben sie keinen Zweck. Ueber den Arbeiterausschüssen schwebt auch immer noch der Kündigungs-Paragraph. Steht doch sogar in dem Gesetz, daß wegen der Beteiligung an den Arbeitskammern jemand nur mit der gesetzmäßigen vierzehntägigen Kündigung entlassen werden kann. Hier wäre der Platz, das Proportionalwahlrecht einzuführen. Wenn die organisierten Arbeiter nicht mit in den Kammern sitzen, werden zahllose Arbeiter kein Vertrauen zu den Kammern haben. Die Arbeitskammern sollen keine eigene Finanzen haben. Es ist ja auch sehr schwer, für eine solche paritätische Korporation eine Finanzierung vorzusehen. Vielleicht könnte man auch bei der großen Finanzreform Vorsorge für die Arbeitskammern treffen. (Heiterkeit.) Ferner könnten die Gewerbestraßen den Arbeitskammern zufließen. Wenn ich alles zusammenfasse, dann kann ich nur sagen, daß die Arbeitskammern, so wie sie gedacht sind, nur der Schatten einer selbsttätigen Korporation sein werden, für die wir keineswegs begeistert sind. Wir sind aber bereit, an dem Gesetz mitzuarbeiten, damit etwas Gutes daraus wird. (Beifall links.)

Abg. **Graefe** (Reformp.): Der sozialpolitische Wettlauf um die Gunst der Arbeiter ist ganz unberechtigt. Man sollte sich mehr um die Handwerker und den Mittelstand kümmern, denn es liegt im Interesse des Staates, möglichst selbständige Existenzen zu erhalten. Wir brauchen eine verständige Sozialpolitik, aber nicht auf Kosten des Mittelstandes. Dieser hat das Gefühl, als wäre er vollständig vergessen. Wo bleiben die Versprechen vor den Wahlen? Auch der gewerbliche Mittelstand bedarf des Schutzzolles. Warum führt man nicht eine Umsatzsteuer für das Reich ein? Es ist merkwürdig, daß ein Mann von dem sozialen Empfinden Naumanns noch immer nicht daran denkt, die Steuerschraube gegen die Warenhäuser anzuziehen. Freilich von einem Manne, der seinen Weg von der christlichsozialen Partei bis zu Barth und Gothein genommen hat, kann man nicht mehr erwarten, wenn er auch hin und wieder Reminiszenzen von seiner alten Liebe wachen lässt. Wir verzichten auf jede Mitsitze von dieser Seite. (Lachen links.) Der Redner bekämpft die weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe.

Abg. **Sir** (Ztr.) rühmt die sozialpolitische Tätigkeit des Zentrums. Vor allem müsse dem Aschenbrödel der Sozialpolitik, dem Kaufmannsstande, geholfen werden. Das Hausiererunwesen müsse bekämpft werden. Der Redner spricht sich ebenfalls gegen eine Erweiterung der Sonntagsruhe aus, die wohl in den größeren, aber nicht in den kleineren und mittleren Städten möglich sei. Die viele freie Zeit sei auch für die Jugend gar nicht gut, sie habe schon manchen ins Unglück gestürzt. Aber er würde sogar für eine völlige Sonntagsruhe sein, wenn nur die Auswüchse im Warenhauswesen, Detailwesen und Hausiererwesen beschnitten würden. Der Achtuhr-Ladenschluß auf dem Lande sei unmöglich. Die Maschen der Bestimmungen über das Ausverkaufswesen müssen enger gefaßt werden. Jetzt laufen gerade die gefährlichsten Hechte durch. Das System der Lockartikel in den Warenhäusern muß beseitigt werden. Wann wird endlich die angekündigte Vorlage gegen den unlauteren Wettbewerb kommen?

Abg. **v. Brockhausen** (kons.): Der Handwerkerstand bedarf der weitgehendsten Fürsorge. Vorläufig ist für ihn nur wenig geschehen. Der Staatssekretär hat die Ausführungen des Abg. Naumann für besonders geistreich gehalten und ihnen in dieser Beziehung Anerkennung gezollt. In gewisser Beziehung mag das stimmen. Im ganzen haben sie aber doch wieder nur Theorie gezeigt; sie sind daher ohne praktischen Wert. Die Hoffnungen, daß Herr Naumann gegen die Warenhäuser vorgehen wird, sind verfehlt. Der Redner bespricht die Kämpfe im Berliner Baugewerbe und den bevorstehenden Riesenkampf im Reiche. Trotz der Bemühungen der gewerkschaftlichen Oberchefs Silberschmidt und Bömelburg hätten sich alle Verhandlungen wegen der Halsstarrigkeit der Arbeiter zerschlagen. Der Terrorismus der Sozialdemokraten muß endlich gebrochen werden. Es gehört jetzt ein ungeheurer Mut dazu, in Berlin Arbeitswilliger zu sein. Die Reichsregierung muß endlich die Arbeit schützen.

Der Redner äußert sich dann zu einigen Resolutionen. Die des Zentrums und der Sozialdemokraten über das Knappschaftswesen lehnen wir ab, schon weil es preußische Angelegenheit ist. Dagegen stimmen wir für die Resolution Schack über Mindestpreise im Handwerk. Für noch nicht spruchreif halten wir die in einer anderen Resolution Schack angeregte Frage der Errichtung von Angestelltenkammern. Dagegen ist vollständig spruchreif der unter meinem Namen gehende Antrag über die aktive und passive Wählbarkeit von Angestellten, die Schmiergelderfrage. In einer Zufallsabstimmung ist diese Resolution, die wir schon früher einmal gestellt hatten, in der Flut von Resolutionen, die auch schon damals vorhanden war, untergegangen. Inzwischen hat der Staatssekretär eine Enquete veranstaltet und es liegt eine Fülle von Material vor. Auch der Deutsche Handelstag hat eine Strafbestimmung gefordert. Jedenfalls aber müßte man den Verführer viel härter bestrafen als den Verführten, und auch der Versuch muß bestraft werden, wenn wir etwas erreichen wollen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Junck**: (natl.) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Frage der Einheitsstenographie. Er bespricht die bekannte Eingabe des Stenographenverbandes Stolze-Schrey und wendet sich gegen die darin enthaltene Forderung, an dem von den Vertretern der verschiedenen Stenographiesysteme auszuarbeitenden System nichts zu ändern. Der Redner stellt sich auf den von den Führern des Gabelsbergerschen Systems erhobenen Einwand, daß man der Regierung eine Abhängigkeit von Systemleuten nicht zumuten könne. Er fordert die baldige Einberufung einer Regierungskonferenz. Redner geht dann auf die nationalliberale Resolution ein, die eine Enquete über die Frage der Mindestpreise im Handwerk wünscht. Es bestehen noch große Unklarheiten hierüber. Der Antrag der wirtschaftlichen Vereinigung will diese Resolution anscheinend überkumpeln, sie macht den Eindruck eines Wettbewerbes. Der nationalliberale Antrag sollte doch wirklich genügen. Ein weiterer nationalliberaler Antrag fordert die Regelung der Verhältnisse der Bureauangestellten; das ist spruchreif. Wir werden dem Kartellantrag Spahn zustimmen. Wir erkennen an, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wo der Staat sich e professo mit den Kartellen zu beschäftigen hat. Nicht, als ob wir eine den Kartellen feindliche Stellung einnehmen. Wir erkennen voll an, daß die Kartelle sich mit Notwendigkeit aus der volkswirtschaftlichen Entwickelung ergeben haben.

Darauf bringt Abg. **Bassermann** (natl.) den Antrag auf Schluß der allgemeinen Aussprache ein.

Dieser wird mit der Blockmehrheit beschlossen. Das Gehalt des Staatssekretärs wird genehmigt.

Dann wird über die Resolution abgestimmt.

Abgelehnt wurden die sozialdemokratischen Resolutionen mit der Forderung einer reichsgesetzlichen Regelung der Arbeits- und Dienstverhältnisse aller Angestellten, der Forderung eines Reichsbergegesetzes und reichsgesetzlicher Regelung des Knappschaftswesens, ihres Gesetzentwurfes über den Bauarbeiterschutz sowie derjenigen Bestimmung aus ihrer Glashüttenresolution, die das Verbot der Nachtarbeit fordert, wogegen der Absichtlichkeit dieser Resolution über das Verbot der Sonntagsarbeit im Hammelsprung mit 123 gegen 104 Stimmen angenommen wird. Sämtliche anderen Resolutionen der Parteien werden angenommen mit Ausnahme der nationalliberalen Forderung von Erhebungen über Mindestpreise im Handwerke, die durch die Annahme der Resolution Schack, die einen Gesetzentwurf hierüber fordert, gegenstandslos geworden ist.

Bei einem späteren Titel versucht

Um 6 Uhr wird in die

Spezialdebatte

eingetreten. Als aus dem Hause Rufe: Vertagen! ertönen, bemerkt Präsident Graf **Stolberg**: Wenn Sie sich vertagen wollen, müssen Sie einen Vertagungsantrag einbringen. (Lebhafte Rufe: Nein! Nein!)

Die Beratung beginnt beim Titel: „Drei Direktoren". Das Wort erhält Abgeordneter **Hué** (soz.), der versucht, die Angriffe, die in der Generaldebatte auf die Sozialdemokraten gerichtet sind, zurückzuweisen.

Präsident Graf **Stolberg** ersucht den Redner wiederholt, nicht auf die geschlossene Generaldebatte einzugehen.

Abg. **Hué**: Beim Justizetat haben wir es doch ebenso gemacht.

Präsident Graf **Stolberg**: Ich bitte Sie, meine Worte nicht zu kritisieren und nur über den Titel „Direktoren" zu reden.

Abg. **Hué**: Ich bedauere, daß ich meine Ausführungen jetzt nicht machen kann, ich werde dies bei der dritten Lesung nachholen.

Unter allgemeiner Heiterkeit erhält jetzt das Wort

Abg. **Stadthagen** (soz.): Ich bin der Meinung, daß drei Direktoren zu wenig sind. (Stürmische Heiterkeit.) Es müssen unbedingt mehr sein. Namentlich fehlt ein besonderer Dezernent, der dafür sorgt, daß das Reichsrecht nicht fortwährend durch das Landesrecht unterbrochen wird. Dies ist vor allem geschehen bei den von Preußen herausgegebenen Legitimationskarten für ausländische Arbeiter. Redner versucht, eingehend diese Fragen zu behandeln, wobei er fortwährend von dem Vizepräsidenten Dr. **Paasche** unterbrochen und zweimal zur Sache gerufen wird.

Als Abg. **Stadthagen**, trotzdem der Präsident ihn auf die Folgen eines dritten Rufes zur Sache aufmerksam macht, fortfährt, über allgemeine Fragen zu reden, erklärte

Vizepräsident Dr. **Paasche**: Dann muß ich das Haus fragen, ob es Sie weiter hören will. (Lebhafte Rufe: Nein! Nein!)

Abg. **Stadthagen**: Dann verzichte ich auf das Wort. (Lebhafter Beifall.)

Der Titel „Direktoren" wird bewilligt, ebenso einige weitere Titel. Beim Kapitel „Allgemeine Fonds. Titel Unterstützung für das Germanische Museum in Nürnberg" spricht Abg. Dr. **Pfeiffer** (Ztr.) den Wunsch aus, daß auch Arbeitern Gelegenheit gegeben werde, die Schätze des Germanischen Museums zu besichtigen. Redner versucht dann, allgemeine Erörterungen über die Kulturaufgaben des Deutschen Reiches zu machen.

Vizepräsident Dr. **Paasche** bittet den Redner, nur zu dem einen Titel „Germanisches Museum" zu sprechen.

Abg. Dr. **Pfeiffer**: Aber die Debatte ist doch über das Kapitel Allgemeine Fonds eröffnet.

Vizepräsident Dr. **Paasche**: Nein, es wird nur über den einen Titel debattiert. Wenn Sie über alle reden wollen, so muß ich das Haus fragen, ob es dies für zulässig hält.

Das Haus stimmt dem Präsidenten zu.

Abg. Dr. **Pfeiffer**: Dann konstatiere ich, daß es im deutschen Reichstag unmöglich ist, über Kulturaufgaben zu reden. (Lauter Beifall im Zentrum.)

Abg. Freiherr **v. Gamp** (Rp.) beantragt nunmehr, eine allgemeine Erörterung über das ganze Kapitel „Allgemeine Fonds" vorzunehmen.

Abg. Dr. **Mugdan** (fr. Vg.) widerspricht, da man auf diese Weise wieder zu einer Generaldebatte kommen werde.

Der Antrag Gamp wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen. Die allgemeine Erörterung wird eröffnet.

Abg. Dr. **Pfeiffer** führt in seinen Ausführungen fort und gibt einen allgemeinen Ueberblick über die Ausgaben, die das Reich auf kulturellem Gebiete leistet. Er erwähnt besonders die Monumenta Germaniae und gibt seiner Genugtuung Ausdruck über die Unterstützung für das römisch-germanische Museum in Mainz und des Vereins für das Buchdruckergewerbe in Leipzig. (Redner hat eine Reihe großer, prächtiger, von diesem Verein herausgegebener Werke auf den Tisch des Hauses niedergelegt.) Bei Besprechung der Unterstützung für die Fortführung des Grimmschen Wörterbuches hebt er unter Verweis des § 7 des Vereinsgesetzes den Wert der Muttersprache hervor. Sodann fordert er, daß den Volksbibliotheken Geld zu billigen Zinsen geliehen werde, und verlangt einen Zuschuß des Reiches für die deutsche Dichtergedächtnisstiftung. Für die Hohkönigsburg sind wieder 75,000 Mark eingestellt. Ich meine, es wäre besser, wenn man dieses Geld verwendete für einen Ehrensold für deutsche Künstler, Maler und Dichter. Es gibt noch deutsche Dichter. (Große Heiterkeit.) Ich meine natürlich nicht den Herrn Dr. Müller-Meiningen. Aber ein Volkstheater, das den weitesten Kreisen des deutschen Volkes

unseren Schiller und Goethe

nahebringt, das sollte das Reich schaffen. (Zuruf links: Faust in Bamberg! — Große Heiterkeit.) Sie wollen uns doch nicht die verletzte Entscheidung eines unglücklichen Augenblicks an die Rockschöße hängen. Allerdings glauben auch wir, daß man bei der Förderung der Kunst mit Polizei und Gewalt nicht weit kommt, denn die Kunst muß aus einer freien Seele heraus geboren werden. (Sehr gut! rechts.) Alle freien Berufe empfinden heute den Mangel der staatlichen Fürsorge für sie. Noch keine Regierung und vor allem das Reich nicht sind sich der Pflicht bewußt geworden, für die Standesorganisationen der freien Berufe gesicherte rechtliche Grundlagen und weitgreifende Möglichkeiten zu schaffen. Wie wäre es sonst möglich, daß ein Mann wie der Zenge Bodhardt sich heutzutage als Journalist aufspielt! Da gilt es, das Standesbewußtsein in all den freien Berufen zu einer ganz anderen Wirksamkeit zu entfalten. Für die deutschen Dichter und die deutsche Kunst wird lange nicht genug getan. Wann endlich wird den deutschen Landen die Stunde schlagen, wo der Schauspieler nicht mehr der Gesindeordnung unterliegt und der Theaterdirektor nicht mehr eines Gewerbescheines bedarf. Der Reichstag hat die Pflicht, die geistige Kultur Deutschlands zu fördern, und wir Abgeordnete können uns dieser Pflicht nicht entziehen. Noch immer gilt für das deutsche Volk das Wort, das Schiller vor hundert Jahren in der Zeit des Tilsiter Friedens geschrieben hat, das, solange es in der Mitte der Völker wohne, ihm das Höchste bestimmt sei, daß die Geschichte jedes Volkes seinen eigenen Charakter habe, aber der Charakter des deutschen Volkes sei die Krone der ganzen Zeit. (Lebhafter ironischer Beifall links. Abg. Dr. David ruft ganz laut: Hoch der Modernismus! Schallende Heiterkeit.)

Hierauf wird der Etat für das Germanische Museum bewilligt. Sodann vertagt das Haus die weitere Beratung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 7 Uhr.